

# 1 Die »Zeitenwende«: Stresstest für Wirtschaft und Gesellschaft

»Die Eroberung ist in unsere Welt zurückgekehrt«  
(Noah Smith)

»Wir erleben eine ›Zeitenwende‹. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr die gleiche wie die Welt davor. In ihrem Kern geht es um die Frage, ob Macht Recht brechen kann. [...] Die Zeitenwende betrifft nicht nur unser Land. Sie betrifft ganz Europa. Und auch darin liegt sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance«<sup>1</sup>. Bundeskanzler Scholz hat mit dieser Rede am 27. Februar 2022 nur wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nicht nur die bisher bedeutsamste Rede seiner Kanzlerschaft gehalten, sondern gleichzeitig auch einen Begriff popularisiert, der sich seither als außerordentlich wirkmächtig erwiesen hat: Bei Google findet der Begriff mehr als 4,4 Mio. Treffer (Stand 18. März), der ebenfalls im Kriegsumfeld geprägte Begriff des Epochenbruchs dagegen weniger als 20.000. »Zeitenwende« ist von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2022 gewählt worden<sup>2</sup>. Eine steilere Karriere eines einzelnen Begriffs dürfte es zuvor wohl kaum gegeben haben. Zudem war – so viel Krise war selten – auch noch »Krisenmodus« das Wort des Jahres 2023.

Die außerordentliche Konjunktur des ursprünglich einmal für den Beginn einer neuen Ära – auch der christlichen Zeitrechnung – geprägten Begriffs ist ein untrüglicher Beleg dafür, dass sich offenbar etwas Grundlegendes in unserer eingeübten Denkungsart verändert haben könnte. Solche »Epochenbrüche« und »tipping points« hat es aber auch schon früher gegeben, wie einige der nachhaltig wirkmächtigen und bahnbrechenden Werke in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zeigen. Diese reichen von großen Strukturwandeltheorien von Karl Marx »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie« (1867) über Joseph Schumpeters »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« (1912) und Max Webers »Wirtschaft und Gesellschaft« (1922) bis zur »Großen Transformation« von Karl Polanyi aus dem Jahr 1944. Im gleichen Jahr 1944 erschienen auch »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« (Karl Popper), »Der Weg zur Knechtschaft« (Friedrich August von Hayek) und »Die Dialektik der Aufklärung« (Theodor W. Adorno und Max Horkheimer). Offenbar war das Jahr 1944, das bereits im Zeichen der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes stand, auch ein solches besonderes Zeitenwende-Jahr.

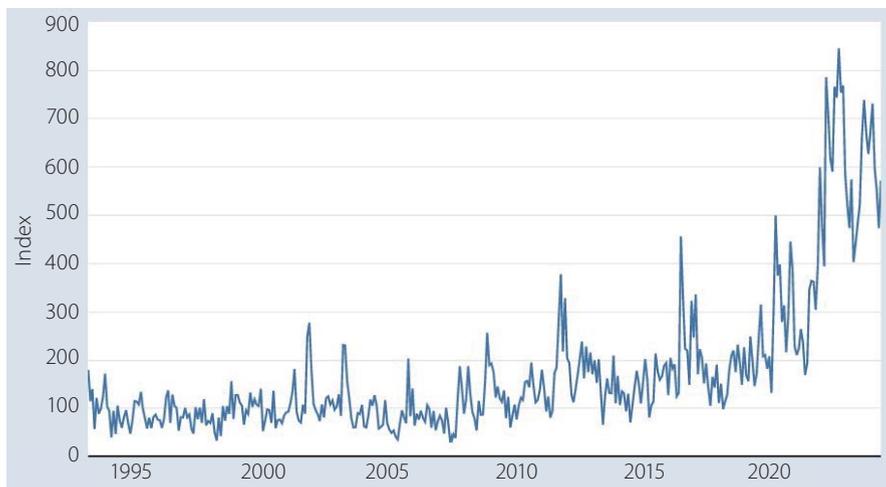
Nun ist sicherlich die Zeit seit 2022 nicht mit jener zwischen zwei weltumspannenden Weltkriegen von vor rund einhundert Jahren und mit der Agonie des Zwei-

ten Weltkrieges zu vergleichen. Aber es darf doch als einigermaßen plausibel gelten, dass sich seit einigen Jahren größere Krisen und mächtige Megatrends so miteinander verwoben haben, dass sich eingeübte Routinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns nicht mehr als ausreichend erweisen, um den multiplen Herausforderungen gerecht werden zu können. Es gibt nicht nur eine dichte Abfolge von größeren Krisen mit damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen. Um nur die wichtigsten zu nennen: Finanzmarktkrise 2008/2009, Flüchtlingskrise 2015/2016, Covid-Pandemie 2020/2021, Ukrainekrieg und Energiekrise seit Februar 2022, Israel-Gaza-Krieg seit Oktober 2023. Hinzu kommen auch noch im linearen Trend zunehmende Verluste durch natürliche Katastrophen und eine hohe Inflation, die sich im Gefolge des Ukrainekrieges ohnehin zu einem Stressfaktor ganz eigener und über lange Zeit vernachlässigten Art entwickelt hat.

Alles zusammen trägt dazu bei, dass der Economic Policy Uncertainty Index für Deutschland ein im Trend deutlich höheres Verunsicherungsniveau mit höheren Ausschlägen als früher ausweist (► Dar. 1)<sup>3</sup>. Die Umriss der Zeitenwende werden immer deutlicher, weil sie in einer Gleichzeitigkeit großer Megatrends wirkt, die man als **3D**-Veränderung bezeichnen könnte: die **D**emografische Alterung der Gesellschaft, die **D**ekarbonisierung unserer Art, zu leben und zu wirtschaften, und die **D**igitalisierung unseres Lebens und Arbeitens. Zudem hat die Pandemie einen Prozess zu einer partiellen **D**eglobalisierung und Neusortierung der weltweiten Arbeitsteilung durch unterbrochene oder veränderte Lieferketten verstärkt. Sie setzt sich im Zuge einer sich auch durch den Ukrainekrieg verändernden geopolitischen Gemengelage auch in nachpandemischen Zeiten fort. Diese vier Trends alleine schon bergen die Gefahr einer **D**eindustrialisierung in Deutschland in sich, wenn angesichts der Gleichzeitigkeit dieser Trends die industrielle Basis des deutschen Geschäftsmodells weiter geschwächt werden sollte.

Hinzu kommen die Gefahren eines macht- und industriepolitisch unterlegten möglichen **D**ecoupling etwa zwischen den USA und China<sup>4</sup>. Erfreulicherweise scheint sich aber beim G7-Gipfel in Hiroshima im Mai 2023 auf Drängen der Europäer doch wieder eine etwas weniger polarisierende Perspektive zur Kooperation des Westens mit China durchgesetzt zu haben<sup>5</sup>. Auch deshalb wäre der Befund einer »peak globalisation« wohl etwas voreilig. Vielmehr dürften die Vorzüge der Globalisierung zukünftig noch stärker im Handel mit zwischengeschalteten Dienstleistungen und Rohstoffen als im Handel mit Gütern allein liegen<sup>6</sup>. Aber dies kann ein durchaus ein zeitintensiver Prozess sein, der auch erst einmal zu einer geopolitisch überwölbten Verlangsamung der Globalisierung (»Slowbalisation«) führen dürfte. Auch Überlegungen zu einer Verlagerung von Aktivitäten in näher gelegene (»Nearshoring«) oder befreundete Länder (»Friendshoring«) deuten in der Summe doch darauf hin, dass das Tempo der Globalisierung zumindest eine Atempause einlegen oder sogar etwas nachlassen könnte.

Umso bedeutsamer ist die Revitalisierung von Bemühungen um multinationale Handelsabkommen, z.B. das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) und das Regional Comprehensive Economic Partnership Agreement (RCEP). Diese können im



**Dar. 1:** Economic Policy World Uncertainty Index für Deutschland (Quelle: Baker, Scott R., Bloom, Nick and Davis, Stephen J., Economic Policy Uncertainty Index for Germany [DEEPUINDEXM], retrieved from FRED, Federal Reserve Bank of St. Louis; <https://fred.stlouisfed.org/series/DEEPUINDEXM> , 5. Juni 2024)

Ergebnis eher das Gegenteil von Deglobalisierung und Decoupling bewirken. Wie mühselig das aber ist, zeigen die mehr als 20 Jahre währenden und noch nicht erfolgreichen Versuche, ein Mercosur-Abkommen zwischen Europa und den südamerikanischen Staaten abzuschließen. Gleichzeitig versuchen die G20-Staaten, untereinander eigene Abkommen abzuschließen. Umso mehr ist bei den multilateralen Beziehungen aber viel stärker als bisher auf eine wirtschaftliche Risikominderung (De-Risking) zu achten, um »ein klares Bild davon zu haben, was die Risiken sind«. Wirtschaftlich ist vor allem die EU dabei, ihre Beziehungen zu China »neu ausbalancieren«, ihre Abhängigkeit zu verringern, die EU-Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, neue wirtschaftliche Instrumente gegen China »mutiger und schneller« einzusetzen. Das schließt auch die Überprüfung ausländischer Subventionen und eine neue Politik gegenüber wirtschaftlichem Zwang ein. Nicht zuletzt geht es auch um die Sanktionen gegen Russland, deren wirtschaftliche Bedeutung für Russland aber durch den kompensierenden Handel der Schwellenländer fast vollständig neutralisiert wird<sup>7</sup>.

Dass dies dann schließlich auch noch einem Kontext einer Depazifizierung der internationalen Ordnung einzubetten ist, wird uns nach fast acht überwiegend friedlichen Jahrzehnten in Europa derzeit schmerzhaft bewusst. Immer deutlicher wird auch für die Bürger das Ende der Friedensdividende, die der Westen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einstreichen konnte. Wir erleben das Herausziehen einer neuen bipolaren Statik einerseits (USA versus China), aber auch einer stärker multipolaren Weltordnung andererseits (G-20, Globaler Süden). Die Geopolitik entwickelt zunehmend auch eine Dominanz über die Geoökonomie. Die Hauptakteure sind die USA und China, aber statt einer Systemkonkurrenz gibt es eine zuneh-

mende Systemrivalität. China wird zum strategischen Rivalen auch dadurch, wie es sich gegenüber dem technologisch schwächeren Russland politisch und ökonomisch positioniert. Die USA versuchen sich technologisch und militärisch dagegen zu wehren, auch indem sie im Indopazifik neue Allianzen schmieden. Dennoch wird ihr Status als einzig verbliebener Weltmacht durch China zunehmend auch militärisch herausgefordert<sup>8</sup>.

Darin liegt auch eine große Herausforderung und Bewährungsprobe für Europa: Es ist vielleicht die historisch letzte Chance, mit einem Transatlantiker wie Präsident Biden noch einmal Zeit zu bekommen, dass »der Westen« auch jenseits der USA militärisch stärker und ökonomisch resilienter (namentlich bei Energie und Rohstoffen) werden kann. Dies ist insbesondere eine Herausforderung für die Europäische Union: Statt der oft reklamierten »soft power« mit seinem vielfach behaupteten »Brussels effect«<sup>9</sup> besinnt sich die europäische Staatengemeinschaft zunehmend auf die Bedeutung von »hard power«, allerdings noch immer unter dem auch auf lange Sicht unverzichtbaren Schuttschirm der NATO. Erste Papiere zu einem Europäischen Verteidigungsfonds, viel mehr aber noch der unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges erfolgte Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO stellen einen »Hamilton-Moment« in der europäischen Geschichte dar, weil sich beide traditionell neutralen Länder in der zugespitzten Frage: »Gilt das Recht des Stärkeren oder die Stärke des Rechts?« eindeutig für das Letztere entschieden haben. Die Verhandlungen über die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine und die Eröffnung einer Beitrittsperspektive zur EU im Dezember 2023 zeigen aber auch, dass und wie Europa unter einer widersinnigen Einstimmigkeitsregel in elementaren Dingen oft nur handlungsverzögert und wirkungsgemindert agieren kann.

Ob sich gerade wegen des brutalen Realitätsschocks durch den Überfall Russlands auf die Ukraine und der Hamas auf Israel eine Renaissance regelgebundener, aber auch auf »hard power« gestützter liberaler Ordnungen abzeichnen könnte, ist angesichts der westlichen Meinungsverschiedenheiten alles andere als sicher. Zwar sind heute etwa rund die Hälfte der Länder der Welt Demokratien, also Wahldemokratien oder liberale Demokratien, die sich im 20. Jahrhundert ausgebreitet haben. Heute ist die Welt daher etwa zu gleichen Teilen zwischen Autokratien und Demokratien aufgeteilt. Die meisten Nicht-Demokratien sind Wahlautokratien. Mehr als ein Drittel aller Demokratien verfügt über die zusätzlichen Individual- und Minderheitenrechte, die liberale Demokratien auszeichnen. Aber insgesamt ist der Anteil der liberalen Demokratien an der Weltbevölkerung seit etwa 2010 wieder auf dem Rückzug, auch wenn sie untereinander enger zusammenarbeiten mögen als früher<sup>10</sup>. Zudem zeichnet sich für die 29 Nationen in der eurasischen Region, die sich von Mitteleuropa bis Zentralasien erstreckt, eine vertiefte Kluft durch die russische Invasion in der Ukraine und ein seit fast 20 aufeinanderfolgenden Jahren zu messender Rückgang der demokratischen Regierungsführung in dieser großen Region ab. Das Vorgehen des Kremls in der Ukraine stellt daher die größte Herausforderung für Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges dar<sup>11</sup>.

Es bedarf daher insgesamt schon eines gewissen Optimismus, um sich der liberalen Grundüberzeugung zu erinnern, wonach zwar Macht die Voraussetzung

für internationale Ordnungen, aber nicht deren einzige Währung ist. Auch weil der Charakter von Ordnungen gerade durch ein Zusammenspiel von Macht und Ideen geprägt ist, markiert der 19. Mai 2023 eine bedeutsame Koinzidenz gleich dreier Gipfel unterschiedlicher Blöcke an unterschiedlichen Orten in einer neuen multipolaren Welt: In Hiroshima tagten die G7-Staaten einschließlich der EU. In Xi-an fand ein China-Zentralasien-Gipfel mit fünf zentralasiatischen GUS-Nachfolgestaaten statt, und beim Gipfel der Arabischen Liga in Dschidda wurde Syrien wieder in den Kreis der arabischen Staaten aufgenommen. Die Neupositionierung des Globalen Südens auf der Weltbühne beim G20-Gipfel in Delhi im September ist ebenso wie einige irritierende Positionierungen zahlreicher nicht westlicher Staaten bezüglich der beiden aktuellen Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen Teil der neuen Realität und der neuen Unübersichtlichkeit.

Die »Pax Americana« scheint an ihrem Ende angekommen zu sein. Einen deutlicheren Beleg für das Herausschälen einer neuen multipolaren Weltordnung kann es kaum geben. Damit drängt auch das zeitüberdauernde Thema des Aufstiegs und Niedergangs von Nationen wieder stärker denn je auf die Tagesordnung der Politik. Die Bücher etwa von Mancur Olson »The Rise and Decline of Nations« (1982), Paul Kennedy »The Rise and Fall of the Great Powers« (1989) und von Daron Acemoglu und James Robinson »Why Nations Fail« (2012) kommen in den Sinn, um besser die längeren Linien der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu verstehen. Hinzu kommt für den Westen, dass in diesem Kräfte messen mit anderen Machtpolen der neuen Ordnung die Einbeziehung des Globalen Südens sowohl politisch wie ökonomisch zu einem zunehmend relevanten geopolitischen Faktor wird. Dabei wird auch der sog. »Washington Consensus« als die im Kern ökonomische Fundierung der westlichen Entwicklungspolitik kritisch zu hinterfragen sein, auch wenn dessen Ende noch keineswegs ausgemacht ist<sup>12</sup>.

Mit dieser Zeitenwende hin zu einer neuen Multipolarität und den damit einhergehenden Bedrohungslagen für den Westen und seine Bürger steigt auch die Notwendigkeit, mehr systematische Risikovorschau zu betreiben und mehr Anstrengungen in Richtung einer strategischen Autonomie Deutschlands wie auch Europas zu unternehmen. Bereits im Jahr 2016 befand Nikolaus von Blomhard: »Sei es die Finanzkrise, der Terrorismus oder der drohende Zerfall der EU: Wir brauchen einen schonungslosen und umfassenden Blick auf die Risiken in Politik, Wirtschaft und Natur in Staaten und Unternehmen«<sup>13</sup>. Die Debatten um »Open Strategic Autonomy« in Brüssel und den anderen Hauptstädten des Westens sind daher nicht nur auf der Überschriftenebene mehr als berechtigt. Bei der konkreten Ausbuchstabierung landet man aber schnell in sehr grundsätzlichen Debatten darüber, was strategische Autonomie und Souveränität eigentlich bedeuten und wie weit staatliches Handeln in die Sphären von Bürgern und Wirtschaft hineinreichen soll und darf, um dieses Ziel zu erreichen. Solche Debatten sind in demokratischen Systemen im Gegensatz zu autokratischen Systemen unbedingt zu führen. Dies begründet aber eine unaufhebbare Systemasymmetrie, die in komplexen strategischen Fragen eine große Herausforderung darstellt.

In dem beschriebenen zunehmend wettbewerbsintensiven und unsicheren internationalen Kontext und im Angesicht der verschiedenen Megatrends kann Europa und kann auch Deutschland seine Sicherheit und seine strategische Unabhängigkeit nicht auf unbestimmte Zeit an Dritte auslagern. Die Stärkung der strategischen Autonomie der EU und die Bereitstellung konkreter Mittel zur Bewältigung eines breiten Spektrums von Bedrohungen sind die beiden Pfeiler auf dem Weg zu einem unabhängigeren Europa. So gesehen heißt Zeitenwende auch ganz konkret: Europa und Deutschland werden dauerhaft höhere Anteile ihres Sozialprodukts für militärische Sicherheit und energiepolitische Unabhängigkeit aufwenden müssen. Die alte Debatte »Kanonen oder Butter« ist wieder neu zu führen. Die nationalen und europäischen Verteilungskämpfe nehmen – auch mit Blick auf die Europawahlen – an Schärfe zu.

Die derzeitigen Debatten in der deutschen Ampelkoalition spiegeln dies eindrücklich wider – erst recht seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 15. November 2023: »Wäre das Wort nicht mittlerweile so verbraucht, müsste man von einer Zeitenwende sprechen. Finanzpolitisch wird nach diesem Urteil nichts mehr sein, wie es war«. Harold James diagnostizierte ein Ende der Zeiten eines »free lunch«<sup>14</sup>. Auch das schuldenpolitische Schwarzfahren ist damit vorerst an ein Ende gekommen und löst größten Stress in einer Koalition mit ihren zum Teil sehr unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Präferenzen aus. Dies ließ sich exemplarisch schon an den Reaktionen auf den Haushaltsbeschluss der Koalition mit flächendeckenden Protesten einzelner Berufsgruppen genau vier Wochen nach dem Verfassungsurteil gut beobachten. Mit jedem weiteren Haushaltsbeschluss wird die öffentliche Debatte erneut befeuert. Dies trägt auch zu einer sinkenden Akzeptanz der Regierung in den Umfragen bei: Wäre heute eine Bundestagswahl, hätte die heutige Koalition rund ein Drittel ihrer seinerzeitigen Stimmen verloren.

Aber: »Never let a good crisis go to waste«, rief uns Winston Churchill im Sinne des früher noch etwas höher entwickelten angelsächsischen Common Sense einmal zu. In jeder Krise liegt auch eine Chance: Im besten Fall – der sehr voraussetzungsvoll, aber nicht unerreichbar ist – führt die Zeitenwende zu mittelfristigen Sicherheitsgewinnen, einer deutlich größeren Resilienz des Gemeinwesens und einer erneuerten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Innere und äußere Wehrhaftigkeit – nicht nur im militärischen Sinn – ist kein Bellizismus, sondern notwendige Bedingung für staatliche, wirtschaftliche, soziale und auch ökologische Souveränität. Deutschlands Position innerhalb eines sich neu aufstellenden Westens ist dabei nicht zu unterschätzen: »Deutschland als verspäteter Nation kommt innerhalb der europäischen Statik eine besondere Bedeutung zu, auch als Verteidiger des westlichen Modells der Organisation internationaler Beziehungen, die auf Freiheit, Souveränität und Gleichheit beruhen«<sup>15</sup>.

Jenseits der tektonischen geopolitischen und auch geoökonomischen Veränderungen für Deutschland liegt in der Zeitwende aber auch eine Chance und ein Auftrag zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen den Bürgern und ihrem Staat im Rahmen der demokratischen, liberalen und regelgebundenen Ord-

nung der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Buch zeigt auf, wie eine Neuvermessung des Spielfeldes für eine Marktwirtschaft unter den Bedingungen einer krisenbedingt zunehmenden staatlichen Hegemonie und eines gleichermaßen ausgeprägten persönlichen Anspruchsindividualismus einer im Kern immer noch wohlhabenden Gesellschaft gelingen kann. Primär wird dabei eine volkswirtschaftliche Perspektive eingenommen, denn: »Das Interesse an möglichen Verbesserungen gesellschaftlicher Zustände hat viele Ökonomen veranlasst, sich gerade diesem Fach zuzuwenden« (James Meade)<sup>16</sup>. Aber auch Erkenntnisse aus Soziologie, Politikwissenschaften und Psychologie werden zu Rate gezogen, um tiefgreifende Veränderungen besser verstehen und Reformvorschläge besser begründen zu können.

Das Buch besteht aus drei Kernkapiteln. Das nächste Kapitel 2 legt ein empirisches Fundament, wie Deutschland bei zentralen Performance-Indikatoren derzeit aufgestellt ist. Ziel ist ein breiter »Landzustandsbericht«, der auf der Basis aussagekräftiger Daten ein realistisches Bild der beträchtlichen Herausforderungen zeichnet, vor denen Deutschland derzeit und zukünftig steht. Kapitel 3 definiert einige ganz grundsätzliche Leitplanken, innerhalb derer sich Politik, Wirtschaft und Bürger bewegen sollten, damit sich das zuvor dargelegte Stärken-Schwächen-Profil Deutschlands wieder verbessern kann. Als Leitplanken für politische Reformen sollen vier »Reiter der Ertüchtigung« dienen, die Grundsätze für eine neue Balance zwischen Bürger und Staat entwickeln. Auf dieser Basis diskutiert Kapitel 4 eine Zehn-Punkte-Agenda (»10 Gebote«), wie und wo durch mehr Eigenverantwortung, eine größere Effektivität staatlichen Handelns, den Mut zur Priorisierung staatlicher Maßnahmen und durch die Steigerung der allgemeinen Resilienz das aus der Balance geratene Verhältnis zwischen den Bürgern und ihrem Staat wieder nachhaltiger und zukunftsfester gemacht werden kann. Das abschließende Kapitel 5 schließlich nimmt in den Blick, wie wichtig diese neue Balance zwischen Bürger und Staat auch für die Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens ist.

## 2 Zur Lage der Nation: ein »Landzustandsbericht«

»Economic growth is not a cure-all, but lack of growth is a kill-all.«  
(Paul Collier)

Am Sonntag, den 20. Juni 1948, trat die damals lang erwartete Währungsreform in Kraft, mit der die neue Deutsche Mark die alte inflationäre Reichsmark-Währung ablöste. Jeder Bürger konnte zunächst 40 Reichsmark gegen 40 Deutsche Mark eintauschen. Diese anfänglich umstrittene Währungsreform bildete die wichtigste Grundlage für die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands. Für den damaligen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard, war zudem klar, dass die neue Währung nur in einer Marktwirtschaft Vertrauen gewinnen könne, ohne Bezugsscheinsysteme und bei freier Preisbildung. Mit dem »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform« vom 24. Juni 1948 legte Ludwig Erhard gleichsam eine Art Grundgesetz der Marktwirtschaft vor.

Das ist nun mehr als 75 Jahre her. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich seither als konkurrierendes Ordnungsmodell zum angelsächsischen Kapitalismus und zum chinesischen Staatskapitalismus bewährt. Sie verbindet die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft mit einem sozialstaatlichen Ausgleich und schafft dadurch möglichst viel Chancengerechtigkeit und »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard). Die Soziale Marktwirtschaft ist aber kein starres Konzept, sondern ist laufend an sich verändernde Fragestellungen – wie Digitalisierung, demografischer Wandel, Klimawandel – anzupassen, wie dies auch in den Jahrzehnten zuvor gut gelungen ist. Dies schließt zunehmend auch die Betonung von Nachhaltigkeitskonzepten mit ein. Dieses Kapitel nimmt eine empirische Standortbestimmung vor, wie Deutschland nach einem dreiviertel Jahrhundert Erfahrung mit seiner international beachteten Wirtschaftsordnung einer Sozialen Marktwirtschaft in einem turbulenten geopolitischen und geoökonomischen Umfeld derzeit positioniert ist. Es zeigt auf, welche alten und neuen Herausforderungen, aber auch welche Perspektiven für die weitere Entwicklung sich dabei abzeichnen, und verdichtet das zu einer aktuellen Stärke-Schwäche-Analyse des Landes.

Ein genaueres Bild über den ökonomischen Zustand Deutschlands etwa zur Halbzeit der Ampelregierung ist hilfreich, um die im Trend stabile, aber volatile Akzeptanz der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besser einordnen zu können. Die persönliche ökonomische Alltagserfahrung wird stark vom Nahbe-

reich seiner Bürger geprägt, und der Rückhalt für die gesellschaftliche Ordnung wird entscheidend von der materiellen Situation der Bevölkerung bestimmt. Die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft ist daher nicht »enttäuschungsfest«, der Rückhalt beruht »nur begrenzt auf der grundsätzlichen Zustimmung zu den Prinzipien des Systems«<sup>17</sup>. Diese grundsätzliche Fragilität in der Akzeptanz bestimmter Prinzipien einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gilt es im Weiteren stets zu bedenken. Dies gilt besonders in Zeiten multipler und gleichzeitiger Veränderungen, die auch die Gefahr einer politischen Polarisierung in sich bergen.

## Geschäftsmodell Deutschland

Wenn es um den ökonomischen Status quo Deutschlands geht, ist zunächst ein vertiefter Blick auf einige stilisierte Fakten des sog. »Geschäftsmodells Deutschland« erforderlich, das eine zentrale Wohlstandsgrundlage für das Land ist. Der vielleicht sichtbarste Ausdruck dieses deutschen Modells sind die jahrzehntelangen Überschüsse im Außenhandel und damit einhergehenden Defizite im Kapitalverkehr. Am deutlichsten kommt dieses Spezialisierungsmuster in der Außenhandelsquote – dem Anteil der Exporte und Importe am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – zum Ausdruck, die in Deutschland unter den großen Wirtschaftsnationen mit Abstand am höchsten sind<sup>18</sup>. Dahinter steht eine Reihe von Besonderheiten der deutschen Volkswirtschaft:

- Dem Land wird ein enges Zusammenspiel von leistungsfähigen Klein-, Mittel- und Großbetrieben attestiert, häufig familiengeführt mit dezentralen Standorten – oft in starken Wirtschaftszentren – und mit Weltmarktführerschaften in nicht wenigen Marktsegmenten<sup>19</sup>. Die Wertschöpfungsketten sind tief gestaffelt, der Verbund aus Industrie und Dienstleistungen führt zu engen Kooperationen zwischen Industrie, industrienahen Dienstleistungen und produzierendem Handwerk, die intensiv in die Weltwirtschaft eingebunden sind.
- Deutschland besitzt einen starken Mittelstand, zu dem mehr als 90 Prozent der Unternehmen gehören. Mit einer Spezialisierung in Nischen, einer hohen Qualität und einer starken Internationalisierung entstanden zahlreiche »Hidden Champions«. Rund 90 Prozent aller deutschen Unternehmen sind familienkontrollierte oder eigentümergeführte Unternehmen. Sie erzielen rund 52 Prozent der Umsätze und stellen mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland.
- Ein wesentliches Element der deutschen Wirtschaft ist ihr industrieller Kern. Der Industrieanteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ist mit 27 Prozent der höchste innerhalb der G7-Staaten. Mit rund sieben Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, rund 60 Prozent der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben und über 80 Prozent aller Patentanmeldungen juristischer Personen tragen die Industrieunternehmen maßgeblich zum Wohlstand in

Deutschland bei. Viele der international tätigen Unternehmen fokussieren sich auf Forschung und Innovation. Zahlreiche Branchen zeichnen sich durch eine hohe Innovationskraft aus. Deutschland verfügt über eine hohe industrielle Produktivität und einen überdurchschnittlich hohen Automatisierungsgrad, insbesondere in der Industrie. Die Roboterichte zählt zu den höchsten in der Welt.

- Die Sozial- und Tarifpartnerschaft hat zu einem Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen und damit sozialem Frieden geführt, der die Produktivität im Auge behielt und bis in die Coronazeit hinein die Lohnkosten moderat steigen ließ und vergleichsweise wenige Streiktage und damit Planungssicherheit für die Unternehmen mit sich brachte. Die Beschäftigten in Deutschland haben ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau. Die sozialpartnerschaftlich geregelte duale Ausbildung ist seit vielen Jahrzehnten die Basis für hochproduktive industrielle und handwerkliche Facharbeit, auch wenn ihre Bedeutung am aktuellen Rand zurückgeht. Schließlich haben sich auch die politische Stabilität und die Rechtssicherheit in Deutschland für ausländische Investoren bislang noch als Standortvorteil und Attraktor bei ihren Standortentscheidungen erwiesen.

Dieser insgesamt positive Blick zurück wird aber gegenwärtig stark und zunehmend herausgefordert durch einen beschleunigten Strukturwandel für einen bedeutenden Teil der Wirtschaft in Deutschland. Die Gleichzeitigkeit der multiplen Trends und Krisen setzt insbesondere die weltmarktorientierten, aber zunehmend auch die binnenmarktorientierten Unternehmen der gesamten Industrie einschließlich des industriellen Mittelstandes unter Druck. Insbesondere der Schock des Ukrainekrieges war international stark asymmetrisch, weil er vor allem Länder wie Deutschland und andere Länder betrifft, die stark von russischem Gas abhängig waren. Zudem ist Deutschland auch im Handel mit China besonders exponiert, der sich aber neu sortiert und für den Hochlohn- und Hochtechnologiestandort Deutschland nicht nur die Überprüfung und auch Revision zahlreicher Lieferketten, sondern vielfach auch eine Anpassung und Weiterentwicklung der bisherigen Geschäftsmodelle erzwingt. Dies betrifft namentlich das Vordringen Chinas in klassische Kernmärkte Deutschlands wie den Automobilbau, für den ein regelrechter »China-Schock« droht<sup>20</sup>.

Diese Herausforderungen treffen zusammen mit den ökonomischen und fiskalischen Folgen der noch nicht vollständig ausgeheilten Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten. Insbesondere der Krieg zerstört langfristig gewachsene Liefer- und Wertschöpfungsketten, gefährdet die Versorgung mit wirtschaftsrelevanten Rohstoffen und Energieträgern und hat Rohstoff- und Energiepreise vorübergehend drastisch steigen lassen. Er führt zu wachstumsdämpfenden geopolitischen Verwerfungen einerseits, aber auch zu verstärkten Anstrengungen von Unternehmen für mehr Diversifizierung, Risikovor-sorge und strategischer Autonomie andererseits. Damit befinden sich zahlreiche Unternehmen derzeit in einer erlös- und kostenseitigen Multi-Krise, welche die Herausforderungen des disruptiven Strukturwandels noch verstärken. Angesichts